

Aus der Sozialdemokratie.

Ein Ergebnis des „Vorwärts“. In der Generalversammlung des sozialdemokratischen Verbands Groß-Berlin hat am Sonntag der „Vorwärts“-Redakteur Däumig u. a. erklärt, die Gegensätze hätten sich „dahin zugespitzt, daß der Parteivorstand verlangt, die Redakteure sollen ihre eigene Meinung in die Tasche stecken und das vertreten, was er als ihr Auftraggeber von der Redaktion verlangt“. Der Parteivorstand bezeichnet in einer Erklärung „zur Richtigstellung“, die der „Vorwärts“ abdrucken muß, diese Behauptung des „Vorwärts“-Redakteurs als Unwahrheit. Der Parteivorstand sagt: Nach dem September 1914 habe der Parteivorstand noch einmal sehr energisch in einer Redaktionsangelegenheit Stellung nehmen müssen. Der Vertreter der „Vorwärts“-Redaktion hatte sich der Behörde gegenüber schriftlich verpflichtet:

„Ich kann versichern, daß ich dem Wunsche, daß die Einheitlichkeit der patriotischen Begeisterung nicht gestört werde, nachkommen werde, und glaube bisher schon alles getan zu haben, um die patriotische Begeisterung nicht nur nicht zu stören, sondern zu beleben.“

Dazu sagt der Parteivorstand: „Gegen ein solches Verhalten mußte der Parteivorstand Verwahrung einlegen. Gleichzeitig hat er in einer Eingabe an den stellvertretenden Reichskanzler entschieden betont, daß der Presse unter keinen Umständen derartige Zumutungen gestellt werden dürften. Der Parteivorstand hat also, weit entfernt, dem „Vorwärts“ irgendwelche Opfer der Ueberzeugung zuzumuten, ganz entschieden Verwahrung eingelegt gegen das geschilderte behördliche Verlangen und ist für die Selbständigkeit der „Vorwärts“-Redaktion, die nicht durch das unbegreifliche Verhalten eines ihrer Mitglieder gebunden werden kann, eingetreten.“